

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/26

Bonn, den 7. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Aufgaben und Pläne der deutschen Hauptstadt ----- "Berlin ist kein zeitgeschichtliches Abstellgleis" Von Rolf Heyen, Berlin	42
2	Keine Lysterie! ----- Paris - Bonn - Moskau	22
2	Gratwanderung ----- Johnsons Konferenz auf Hawaii	26
3 - 4	Niedersachsen gibt ein Beispiel ----- Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit Fürsorge für geistig behinderte Kinder Von Klaus Rusticus, Hannover	82
5 - 6	Rotchinas Diktat in Hanoi ----- Das Politbüro der Lao Dong-Partei in weiteren Machtkämpfen gespalten Hintergründe der Vietkong-Politik Von Erwin Erasmus Koch	80
7	<u>Anhang:</u> ----- Zum Stand im Lohnkonflikt -----	49

Aufgaben und Pläne der deutschen Hauptstadt

"Berlin ist kein zeitgeschichtliches Abstellgleis"

Von Rolf Heyen, Berlin

Vor einigen Wochen äußerte Willy Brandt die Sorge, Berlin könne in den Windschatten der großen Politik geraten. Der Regierende Bürgermeister befürchtet, daß die Stadt einer "Bedrohung ohne Gewalt" zum Opfer fallen und dadurch zum zeitgeschichtlichen Abstellgleis werden könnte. Die neuen Linien, die sich zwischen Ost und West entwickeln so meint Brandt, sind im Begriff, an Berlin vorbeizugehen.

Die Stadt Berlin soll deshalb bei der Kommunikation mit Osteuropa stärker in den Mittelpunkt rücken. Sie muß sich bewußt in den Ost-West-Handel einschalten und der Dynamik eines solchen Handels technisch und wirtschaftlich gerecht werden. Die Ereignisse der jüngsten Geschichte haben die Deutschen allzu oft von der Tatsache abgelenkt, daß Berlin nicht am Rande unseres Kontinents liegt, sondern im Herzen Europas.

Umschlagplatz zwischen Ost und West

Geographisch wäre Berlin geradezu der ideale Umschlagplatz zwischen Ost und West. Deshalb beschäftigen sich der Berliner Verkehrssenator Otto Theuner und seine Mitarbeiter in den letzten Monaten verstärkt mit der Problematik der Funktion der Stadt als Umschlagplatz und internationales Verkehrszentrum. Theuner fordert: "Berlin darf nicht nur im Zielverkehr eine Rolle spielen, es muß auch stärker im Durchgangsverkehr berücksichtigt werden."

Der Ausbau der Wasserwege von und nach Berlin ist somit eines der nächsten konkreten Ziele. Der Mittelland-Kanal muß auch für Schiffe bis zu einer Größe von 1 300 BRZ befahrbar werden. Die Hafeneinrichtungen Berlins bedürfen einer Erweiterung.

Zentrum des internationalen Flugverkehrs

Wenn man vom Ausbau Berlins zum internationalen Verkehrszentrum spricht, berührt das besonders den Flugverkehr. Man muß in Berlin auch zwischenlanden können, wenn man nach Süd- und Osteuropa weiterfliegen will.

Das gilt auch selbstverständlich für Flüge in umgekehrter Richtung "Reisen aus Skandinavien zum Beispiel sollten über Westberlin in den Süden geführt werden", sagt Otto Theuner. Er hält es für denkbar, eine Fluglinie von Stockholm über Berlin nach Wien einzurichten.

Größere Reiseunternehmen sollen Berlin stärker in ihren Programmen berücksichtigen. Ein größeres Versandhaus hat hier bereits den Anfang gemacht. Was Neckermann möglich machte, könnten sich andere zum Vorbild nehmen.

Berlin als Zentrum des internationalen Flugverkehrs erfordert einen beschleunigten Ausbau des Flughafens Tegel. Tempelhofer Aufnahmekapazität ist erschöpft. Ab April dieses Jahres werden auch in Tempelhofer Düsenmaschinen starten und landen. Otto Theuner sieht in dem Ostberliner Flughafen Schönefeld eine möglichst wirkungsvolle Ergänzung des internationalen Flugzentrums Berlin. Durch eine einfachere Regelung des Transitverkehrs könnte die Brückenfunktion Berlins nach Osteuropa ausgebaut werden.

Keine Hysterie !

Paris - Bonn - Moskau

sp - Im Zusammenhang mit dem Paris-Besuch des Bundeskanzlers sind in einigen deutschen Zeitungen Andeutungen gemacht worden, da Gaullle könnte bei seiner im Juni stattfindenden Moskau-Reise negativ oder positiv das Deutschland-Problem ins Spiel bringen. Je nach Temperament und Neigung hat man sich hierbei auf eine Ebene begeben, von der aus verhältnismäßig wenig im Sinne einer guten Deutschland-Politik unter-
nommen werden könnte. Man sollte in der Bundesrepublik gerade jetzt jede Art von Hysterie vermeiden. Gewiß wird de Gaulle in Moskau einige seiner Ideen von einem Europa anbringen wollen, das "von Atlantik bis zum Ural" reicht. Ob die Sowjets dafür überhaupt ihr Ohr leihen werden, ist fraglich. Sie müßten bei de Gaulles Europa-Konzeption die Sowjetunion jenseits des Ural Peking überlassen. Für den Krenl ist der Besuch de Gaulles insofern interessant, als man dort in französischen Staatspräsidenten einen Störfaktor im Bereich der atlantischen Allianz erblickt. Für de Gaulle wiederum ist der Besuch deswegen reizvoll, weil er mit ihm die Kommunistische Partei Frankreichs bei kommenden Wahlausinandersetzungen neutralisiert. Ob über diese beiden "Perspektiven" hinaus noch viel für das Deutschland-Problem übrig bleibt, ist fraglich. Aber gerade aus diesen Grunde sollte man mit Meinungsäußerungen vorsichtig sein. Ganz gleich, wie die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik reagiert - de Gaulle wird in jedem Falle seine Politik in Moskau vertreten.

+ + +

Gratwanderung

Johnsons Konferenz auf Hawaii

sp - Es müssen schon gewichtige Gründe vorliegen, wenn ein amerikanischer Präsident Washington verläßt und sich außerhalb des Landes zu Konferenzen begibt. Der Krieg in Vietnam zieht die USA immer mehr in den Bann, beanspruchen deren politische militärische und diplomatische Energien; noch zeichnet sich kein Lichtstreifen am düsteren Horizont ab. Die Wiederaufnahme der Bombardierungen von Nordvietnam, militärisch vielleicht unvermeidlich, geschah nach einer vierwöchigen Pause die die besten amerikanischen Diplomaten in alle Himmelsrichtungen führte, um mögliche Friedenschancen abzutasten. Der Erfolg blieb aus, aus Hanoi kam ein hartes NEIN, diktiert von der Überzeugung, die amerikanischen Friedensbemühungen seien wohl aus Schwäche erfolgt - eine gründliche Verkerrung der Entschlossenheit der USA, kommunistischen Aggressionen, wo immer sie erfolgen, ein Halt entgegenzusetzen. Sie wird eindrucksvoll demonstriert durch ein verstärktes militärisches Engagement. Die Konferenz mit den Führern Südvietnams hat wohl den Zweck, sie im Glauben zu stärken, daß sie nicht allein gelassen werden, daß aber auch vieles zu geschehen hat, um in den befreiten Gebieten der geplagten Bevölkerung ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen. Dabei bleibt das Streben für den Frieden in ganz Südvietnam das Hauptmotiv der amerikanischen Asien-Politik. Es kommt einer Gratwanderung gleich, die auch ins Ungewisse führen kann. Auffallend ist in diesem Zusammenhang die erhöhte Aktivität des Papstes, die erfolgt in dem Bewußtsein der großen Gefahren, die in einer Ausweitung des Krieges für alle liegen. Wird das moralische Gewicht der obersten Autorität der Christenheit den Gang der Dinge zum Besseren zu ändern vermögen, oder wird das Verhängnis seinen Lauf nehmen?

Niedersachsen gibt ein Beispiel.

Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit Fürsorge für geistig behinderte Kinder

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die hohe Säuglingssterblichkeit ist nach wie vor in der Bundesrepublik beunruhigend. Unwissenheit und Gleichgültigkeit, aber auch Scheu vor dem Arzt, sind oft die Gründe für mangelnde Vorsorge und Fürsorge. Auch in der allgemeinen Sozialpolitik sind Änderungen notwendig, um mit diesem Problem der Volksgesundheit fertig werden zu können.

Vergleiche mit anderen Ländern

27 von 1000 Neugeborenen starben 1963 in der Bundesrepublik.

Bei 18 je 1000 lag die Säuglingssterblichkeit 1963 in den skandinavischen Ländern.

Mit 24 pro Tausend lag die Sterblichkeitsziffer in Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt.

Niedersachsen steht seit 10 Jahren an der Spitze der rückläufigen Skala der westdeutschen Säuglingssterblichkeit.

Während in einem Drittel der niedersächsischen Landkreise die Sterblichkeitsziffer genau so hoch ist wie in den skandinavischen Ländern, haben einige Landkreise eine Säuglingssterblichkeit von 47 je 1000 zu verzeichnen.

Niedersachsen zwingt zu Folgerungen

Das niedersächsische Sozialministerium stellte jüngst Untersuchungen an, um zu klareren Folgerungen zu gelangen. Diese dürften geeignet sein, grundlegende Erkenntnisse für das gesamte Bundesgebiet abzuleiten:

- * Bei der überdurchschnittlichen Sterblichkeitsziffer handelte es sich nach den Feststellungen des niedersächsischen Sozialministeriums um Landkreise, in denen viele Frauen bei einer Schwangerschaft keinen Arzt oder keine Hebammen konsultieren, oder aber auf ihre Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben nicht während der Schwangerschaftszeit verzichtet wird.
- * Die Säuglingssterblichkeit geht sofort überall dort zurück, wo die gesetzliche Ruhezeit von sechs Wochen vor und nach der Geburt in Anspruch genommen wird.
- * Wird das Gesetz mißachtet, sterben durchschnittlich vier bis fünf Kinder pro Tausend in den ersten Lebenstagen.

Moderne Säuglingsfürsorge heißt das Gebot

Das Sozialministerium in Hannover kam zu dem Schluß, daß die Säuglingsfürsorge im althergebrachten Sinne einfach nicht mehr

ausreicht. Einleuchtende Begründung:

- * Zwei Drittel der Säuglingssterblichkeit bereits vor
- * der eigentlichen Untersuchung.
- * Die vielen Fälle von Lebens- und Kreislaufschwäche lassen
- * sich von der traditionellen Säuglingsfürsorge nicht ermitteln.

Nur durch konzentrierte Mütterberatung

Niedersachsens Sozialministerium nimmt heute den konsequenten Standpunkt ein, daß nur durch vorbeugende Mütterberatung die Säuglingssterblichkeit wirksam bekämpft werden kann. Leider ist aber Niedersachsen das einzige Bundesland, das es schon seit Jahren jeder werdenden Mutter ermöglicht, sich dreimal kostenlos von einer Hebamme beraten zu lassen.

Sind diese Hebammen besonders geschult, kann sich die werdende Mutter hier seit 1964 außerdem von einem auszuwählenden Arzt auf Blutgruppe und Rhesus-Faktor untersuchen lassen.

Sozialminister Kurt Partzsch (SPD) in Hannover aber erkennt bei allen Erfolgen, die durch die Maßnahmen seines Ministeriums erzielt wurden, nicht, daß aus einem mangelhaften Bildungsstand oftmals die Wurzel der Säuglingssterblichkeit sprießt. Er hält deshalb die Hebung des Bildungsstands für ein weiteres elementares Gebot dieser Gesundheitsvorsorge.

Hierbei könnte sich auch das Bundesgesundheitsministerium einschalten.

Hilfe für das geistig behinderte Kind

In dem Maße, in dem Heilpädagogik und Medizin größere Möglichkeiten eröffnen, müsse auch im Bereich der Bildung dem behinderten Kind soweit wie möglich Chancengleichheit gewährt werden. Mit diesen Worten nahm der niedersächsische Sozialminister zu einem anderen Kapitel Stellung, das in der Bundesrepublik noch einer konzentrierteren Lösung bedarf.

Nach Auffassung des Landesministers in Hannover kann eine rechtzeitige Behandlung des geistig behinderten Kindes allgemein nur durch Einführung einer Meldepflicht sichergestellt werden. Die niedersächsische Landesregierung hofft nunmehr, daß einer entsprechenden Empfehlung der Länder-Gesundheitsminister Folge geleistet wird.

In fünf Jahren 39 "halboffene" Einrichtungen

Wie ernst Niedersachsen die Fürsorge für geistig Behinderte nimmt, wird durch 39 "halboffene" Einrichtungen belegt, die in den letzten fünf Jahren in dem Bundesland eröffnet worden sind und in denen heute 200 meist geistig Behinderte betreut werden.

Die inzwischen in Niedersachsen auch auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen eignen sich bereits heute, als Schulbeispiele anerkannt und - soweit noch nicht geschehen - von anderen Bundesländern übernommen zu werden.

Rotchinas Diktat in Hanoi

Das Politbüro der Lao Dong-Partei
in weiteren Machtkämpfen gespalten

Von Erwin Erasmus Koch

Die Zustände in Nordvietnam, vor allem in Hanoi, führen mehr und mehr zur Durchsetzung des chinesischen Kommunismus. Noch immer offene diplomatische Quellen der nordvietnamesischen Hauptstadt lassen in übereinstimmenden Berichten die gleichartige Beurteilung erkennen, daß die "stille Diplomatie" der Regierung Johnsons völlig im Versuch des Herausbrechens der Demokratischen Republik Vietnam aus der Allianz mit China oder doch aus der Abhängigkeit von den Entscheidungen Pekings fehlgeschlagen ist. Eine gänzlich neue Lage bricht sich in den Regierungssitzen von Hanoi Bahn. Da Ho Chi Minh, "der weise Vater der Revolution", seit Jahren bereits im Siechtum verfällt, konnte der Fanatiker Le Duan die Diktatur des Politbüros der Lao Dong ("Partei des Volkes") durchsetzen. Die Diktatur des Politbüros bedeutet die unbeschränkte Machtausübung durch Le Duan selbst. Er, der Erste Sekretär der Lao Dong, hat sich an die Spitze eines Triumvirats im Politbüro des Zentralkomitees gestellt.

Ho Chi Minh kann keine wichtigen politischen Entscheidungen mehr treffen. Nur sein Name wird noch im Sinne einer Attrappe von der Staatsführung Nordvietnams gebraucht. Der geistige Verfall Ho's hat seit einem Jahr unzweifelhaft noch einen weiteren Abstieg erfahren. Dennoch ist seine übrige körperliche Beschaffenheit verhältnismäßig gut, für einen Fünfundsiebzigjährigen jedenfalls. Sein Prestige bleibt. Die Propaganda hat ihn in Nord und Süd "zum weisen Erleuchteten" gestempelt, zum "gütigen Vater der Nation Vietnam". Seine berühmten "vier Bedingungen" an die USA sind auch noch in diesem Sinne erweitert worden: Unter der ersten Bedingung werden die USA aufgefordert, "die Anerkennung der Souveränität Vietnams" a priori vorzunehmen. Die Fiktion bleibt gewahrt, daß Ho Chi Minh die vier Forderungen formulierte. Tatsächlich sind sie durch Le Duan auf das Geheiß Pekings deshalb erhoben worden, weil sie ohne die tiefste Demütigung der USA und zugleich ohne die Preisgabe ganz Südasiens und Südostasiens an die Suprematie Rotchinas unerfüllbar sind.

Das Diktat Pekings in Hanoi wird damit offenbar. Wie es Zhou En-lai erst vor kurzem ausdrückte: "Alle Umstände der Gegenwart sind für Volksbefreiungskriege ungewöhnlich günstig!" so soll Vietnam den Krug zum Überlaufen bringen. Die Konzeption Mao Tse-tungs schreibt den "Freiheitskrieg" für ganz Indochina vor. Nur dann, wenn dieser Brand entfesselt sei, könnten sich die "Volkshebungen" auf den drei Kontinenten (Afrika, Lateinamerika, Asien) weiter ausbreiten.

Le Duan hat bereits im September 1960 das Amt des höchsten Funktionärs, des Ersten Parteisekretärs der Lao Dong, übernommen und offensichtlich damals bereits die Nachfolge Ho Chi Minhs in der tatsächlichen Machtausübung vorbereitet. "Chinas News Analysis", das periodisch erscheinende Druckwerk der zweifellos sachkundigsten Analysen über Rotchina, bestätigt diese Auffassung: "Ho wird zwar bis zu seinem Tode alle Ämter behalten, aber Ho Chi Minhs Funktionen im Politbüro sind auf Le Duan übergegangen."

Im Übrigen kommt zu der Politik Nordvietnams ein Novum. Die im ersten der vier Punkte geforderte Anerkennung der Souveränität Vietnams durch Washington macht es deutlich. Die Genfer Konferenz von 1954 sei überflüssig gewesen. Ho Chi Minh hätte nach der Niederlage Frankreichs bei Dien Bien Phu keineswegs an Konferenztafel Platz nehmen sollen. Der Krieg hätte bis zur bedingungslosen Kapitulation Frankreichs weitergeführt werden müssen. Verlässlichen Bekundungen nach haben derartige Diskussionen neuerdings wiederum im Politbüro der Lao Dong stattgefunden. Auch Schelegin hat in Moskau berichtet, daß Le Duan für keinerlei Verhandlungen und auch nicht für Rückkehr nach Genf zu haben sei, sollten die USA nicht zuvor als Aggressor gebrandmarkt werden.

Im Politbüro steht eine Mehrheit - von elf Mitgliedern sechs - hinter Le Duan. Auch Le Thanh Nghi gehört dazu, der nordvietnamesische Sonderbotschafter, der im vergangenen Dezember und Januar in geheimgeladener Mission einige Hauptstädte des sowjetisch geführten Ostblocks, u.a. auch Moskau und Warschau, besuchte. Le Thanh Nghi dürfte die Ansicht Le Duans bekanntgegeben haben. Nordvietnam ist zur Annexion Südvietnams entschlossen.

Peking wünscht nichts anderes. Le Duan - er ist auch der Gründer des Vietkong - fragt die Nationalversammlung überhaupt nicht. Die Opposition im Politbüro, geführt - oder besser nicht mehr geführt - von Vo Nguyen Giap, dem Oberkommandierenden der "Volksarmee" und Verteidigungsminister, schweigt. Vo Nguyen Giap, dessen Frau und Schwägerin die Franzosen umbrachten, ist ein glühender Hasser aller "Imperialisten" und dafür bekannt, daß er die Chinesen zutiefst verabscheut.

Wenn in Vietnam ein Friede ausgehandelt werden soll, müßte Vo Nguyen Giap den chinahörigen Le Duan ersetzen. Wie die Dinge liegen, besteht dazu in absehbarer Zeit keine Aussicht.

Zum Stand im Lohnkonflikt

Erhard - Es scheint zur Zeit, als suchten die Arbeitgeber im Lohnkonflikt der Metallindustrie das Schlichtungsverfahren zu diskreditieren. Daher ihr starres, von der Zentrale des Arbeitgeberverbandes auf Einheitsmaß zugeschnittenes Angebot von vier Prozent, daher ihre Ablehnung der bereits vorliegenden Schlichtungsvorschläge in Württemberg-Baden, Hessen und Nordrhein-Westfalen, die ziemlich einheitlich eine Lohnerhöhung um fünf bzw. 5,4 Prozent vorsehen und dazu die bereits um ein Jahr verschobene Arbeitszeitverkürzung mit Beginn am 1. 7. 1966 und einer Kostenbelastung von 1,6 Prozent der Lohnsumme. Das starre Angebot der Arbeitgeber ist vier Prozent.

Vier Prozent Lohnerhöhung bedeuten lediglich einen Ausgleich für den Kaufkraftverfall der Arbeitseinkommen gegenüber dem Vorjahr, der 4,2 Prozent betrug. Nähmen die Gewerkschaften diesen Vorschlag ernst, so erhielten die Arbeitnehmer keine Aufbesserung ihres Lohnes, sondern verharrten auf dem Lohnniveau des Vorjahres trotz der in der gleichen Zeit angestiegenen Mehrleistung.

Wenn auch die Regierung, insbesondere der Bundeskanzler, vier Prozent Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer für ausreichend halten, trotz der gestiegenen Lebenshaltungskosten um mehr als vier Prozent, so ist sie schon insoweit unwahrhaftig, als der Bundesfinanzminister in seinem Haushaltsplan ein Mehraufkommen an Lohnsteuern von 11,5 Prozent einkalkuliert hat.

Es ist auch unwahrhaftig, wenn Erhard die weitere Verkürzung der Arbeitszeit für unsere Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit für untragbar hält. Er selbst hat, anlässlich der Forderung der Gewerkschaften nach der 40-Stunden-Woche 1955 und 1956 angeboten, man möge eine jährliche Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde akzeptieren. Hätten die Gewerkschaften damals sein Angebot angenommen, so hätten wir heute bereits überall die 40-Stunden-Woche, weil Erhard seinerzeit der Meinung war, daß eine solch maßvolle kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährde. Auch die Arbeitgeber waren im Homburger Abkommen vom 8. 7. 1960, in dem ein Stufenplan der Arbeitszeitverkürzung vereinbart wurde, der Meinung, mit dem Inkrafttreten der 40-Stunden-Woche zum 1. Juli 1965 gerate die Wettbewerbs- und Ertragsfähigkeit der Unternehmen nicht in Gefahr. Dennoch verlangten sie im Vorjahr eine weitere Verschiebung um ein Jahr. Auch damit hat sich die IG Metall im Erbacher Abkommen einverstanden erklärt, ist aber jetzt zu einer weiteren Verschiebung der Stufen nicht mehr einverstanden, zumal die Kosten der Arbeitszeitverkürzung ja bereits 1960 im Homburger Abkommen vorkalkuliert waren.

Wenn nun die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, die Gewerkschaftsforderungen wiederum für "maßlos" erklärten, so ist sie auch aus einem anderen Grunde einseitig. Der Sachverständigenrat hatte sechszehntprozentige Lohnerhöhungen für durchaus vertretbar gehalten und ebendies Differenzierungen nach der Höhe der Ertragsfähigkeit der einzelnen Branchen. Die Schlichtungsvorschläge bewegen sich in diesem Rahmen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch die Bundesregierung in gleicher Weise an die Vorschläge der Sachverständigen in ihrer Haushaltsplanung hielte wie die Gewerkschaften.